

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 20 Pfg. für jede Zeile mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Or. Ulrichstraße 63, 1 sowie von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 M.

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Or. Brunnstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Or. Ulrichstraße 63, 1. Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Bezahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungsberechnungsunter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Sie unterstehen eingehende Remittenten mit ihrem Geschäftsbüro.
Abdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gestattet.

Verantwortlicher Redaktions-Mitarbeiter: Dr. Hermann Hübner, Nr. 1133

Übersichtsverzeichnis Jahrgang.

Nr. 439.

Halle a. S., Dienstag, den 20. September.

1910.

An unsere Stadtabonnenten!

Wir bitten alle Reklamationen wegen verspäteter oder unpunktlicher Zustellung der „Saale-Zeitung“ dem Verlage telephonisch oder schriftlich melden zu wollen, damit sofortige Abhilfe erfolgen kann.

„Saale-Zeitung“.
(Fernsprecher 1133.)

Großgrundbesitz und innere Kolonisation.

Die Vermehrung und Kräftigung des Bauernstandes ist sicherlich eine der vornehmsten Aufgaben der Gebildeten und Verwaltung. Die fortschrittliche Volkspartei wenigstens ist der Ansicht, daß nicht der Großgrundbesitz, sondern der bäuerliche Besitz das Rückgrat der Landwirtschaft ist und hat deshalb in ihr Programm ausdrücklich die Förderung aufgenommen, daß die Produktionskraft der Landwirtschaft gestärkt werden muß vor allem durch Vermehrung des kleineren und mittleren Besitzes, durch Beseitigung der Familienelendnisse und durch Einschränkung des Besitzes der toten Hand sowie durch innere Kolonisation und Melioration. Schaffung leistungsfähiger Gemeindef- und Kommunalverbände unter Beteiligung der kommunalen und staatlichen Privatbesitzer des Großgrundbesitzes.

Bei diesem Bestreben, den bäuerlichen Besitz zu festigen und zu vermehren, sieht die fortschrittliche Volkspartei aber fortgesetzt auf den Widerstand des Großgrundbesitzes. Bei den Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus im Frühjahr d. Js. hat der fortschrittliche Vglg. Dr. Crüger die Stellung des Großgrundbesitzes zur inneren Kolonisation eingehend behandelt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Großgrundbesitz der inneren Kolonisation Widerstand leistet, weil er darin einen Gefahr für seine politische Stellung erkennt. Man erinnert sich einer Aeußerung des Vorsitzenden des Bundes der Landwirtschaft, des Freiherrn von Wangenheim, der in einer Konferenz offen ausgesprochen hat, daß in sehr weiten Kreisen des Großgrundbesitzes noch ein mindestens passiver, vielleicht aber direkt aktiver Widerstand gegen die innere Kolonisation besteht. Begehrlich haben konervative Redner im Abgeordnetenhaus versucht, durch allerlei Deutungen diesen unbedeutenen Ausdruck aus der Welt zu schaffen.

Ein hervorragender Sachkenner auf dem Gebiet der inneren Kolonisation, der Präsident des Oberlandesverwaltungsgerichts, Dr. Meß, der lange Jahre hindurch der Präsident der Generalkommission für Pommern war, hat in einer Broschüre die Zukunft der inneren Kolonisation im preussischen Reich, besonders in Pommern, die Befürchtungen ausgesprochen, daß die Wege, die in neuerer Zeit zur Durchführung der bäuerlichen Kolonisation eingeschlagen wurden, auf die Dauer nicht zu gedeihlichen Ergebnissen führen können, einmal, weil die Begründung leistungsfähiger Bauernlandgemeinden in der Regel nur durch Aufteilung ganzer Rittergüter (Domänen) oder größerer Vorwerke möglich ist, sodann aber, weil die Mehrzahl der Großgrundbesitzer dieser Bauernkolonisation durchs abweichend gegenüber steht und diese unfreundliche Stimmung mit dem Verschwinden jedes weiteren Rittergutes an Stärke und Umfang zunimmt.“ Dr. Meß legt die Übertragung der inneren Kolonisation an öffentlich rechtliche Körperschaften ab. Nach ihm hieße das, das Gelingen des großen Werkes lediglich von dem guten Willen der Kreise abhängig machen, die in ihrer Mehrzahl einer gefandenen inneren Kolonisation absehend oder teilnahmslos gegenüberstehen. Die Umbildung der pommerschen Ansetzungs-Gesellschaft, die aus Mangel an Mitteln als Genossenschaft nicht weiter arbeiten kann, durch Beitritt der Provinz und der Kreise würde diese Gesellschaft in einen Widerstreit der Pflichten und die teilenden Persönlichkeiten in die schwierigste Lage bringen. Und das Gleiche gilt wie für die Selbstverwaltungsberechtigten auch für die politischen Beamten, von denen Dr. Meß wörtlich sagt:

„Erzogen und ausgebildet in den Anschauungen der tönangebenden Kreise der städtischen Provinzen, von dem großen Teil aus ihnen selbst hervorgegangen, seien sie natürlich auch die dort herrschenden Meinungen. Demgemäß betrachten auch sie in ihrer großen Mehrzahl eine auch nur einigermaßen ausgedehnte bäuerliche Kolonisation als einen Angriff auf die gesellschaftliche, soziale und politische Stellung des Großgrundbesitzes.“

Es ist eben in Pommern und anderswo auch heute noch so wie vor 102 Jahren, wo die ostpreussischen Städte auf den König eine Eingabe gegen die Bauernbefreiung richteten, in der es hieß „daß man ihnen ihre Schläffer zur Hilfe machen würde, wenn man freie Bauern daneben sehen würde“. Der Großgrundbesitz will eben seine ausschlaggebende politische Bedeutung, seine Machtstellung in Deutschland aufrecht erhalten. Deshalb wehrt er sich gegen die innere Kolonisation; er wünscht sie nur so weit, als er hoffen kann, dann über mehr heimliche Arbeiter verfügen zu können! So weit sie aber darüber hinausgeht, ist sie für ihn von Unheil. Den Arbeiter will man an die Stelle setzen, aber nicht dadurch, daß man ihn zum bäuerlichen Besitzer macht, sondern man will Arbeiter für den Großgrundbesitz.

teien, in der es hieß „daß man ihnen ihre Schläffer zur Hilfe machen würde, wenn man freie Bauern daneben sehen würde“. Der Großgrundbesitz will eben seine ausschlaggebende politische Bedeutung, seine Machtstellung in Deutschland aufrecht erhalten. Deshalb wehrt er sich gegen die innere Kolonisation; er wünscht sie nur so weit, als er hoffen kann, dann über mehr heimliche Arbeiter verfügen zu können! So weit sie aber darüber hinausgeht, ist sie für ihn von Unheil. Den Arbeiter will man an die Stelle setzen, aber nicht dadurch, daß man ihn zum bäuerlichen Besitzer macht, sondern man will Arbeiter für den Großgrundbesitz.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Telegraphischer Bericht.)

S. & H. Magdeburg, 19. Sept. 1910.

Die erste Sitzung des Sozialdemokratischen Parteitages nach seiner Konstituierung am gestrigen Begründungsabend wurde vormittag kurz nach 9 Uhr durch den Vorsitzenden Verlagsbuchhändler Diez (Stuttgart) eröffnet. Mit großem Jubel wurden die weiteren Mitteilungen über den Ausfall der Rheinisch-Westfälischen Knapenschaftswahlen aufgenommen, die durch Extrablätter in Saale verbreitet werden. Unter den bisher eingetroffenen Delegierten befindet sich auch Dr. Liebknecht, Berlin, der Sohn des „alten“ Liebknecht und der „Jehn-Gebete-Sopffmann“. Der frühere Reichstagsabgeordnete von „Wor“ Franz Fannusch (Berlin) erstattete den Geschäftsbericht. Der Bericht, der gedruckt vorliegt, befaßt eingehend: Deutschland ist zu dem mächtigsten Industriestaat des Festlandes der alten Welt emporgewachsen, und doch steht es unter der Herrschaft des Zentrums und der Agrarier, die das Reich als Institution zu ihrer Bereicherung betrachten. Das Industrie- und Handelskapital sucht nun durch den Hanabund seinen politischen Einfluß zu erhöhen. Der Ausgang der Reichstagswahl in Dölgel- und Johannsburg darf mit als ein Erfolg des Hanabundes

betrachtet werden. Solange der Kampf in Gebieten wie in den Vorderkreisen des ferneren Ostens geführt wird, mag der Hanabund als das fortschrittlichste Element erscheinen. Die Arbeiterklasse hat indessen vom Hanabund nichts zu erwarten. Die Politik der Kapitalisten wird sich in der Hauptsache immer gegen die Arbeiter richten. Mehr noch als agrarische Gelehrte fürchtet das Industrie- und Handelskapital den Ausbruch der Sozialpolitik. Das Alles zum Kampfe hat auf der ganzen Linie begonnen. Zur babylonischen Wüstenwanderung ist nach einer Zersplitterung der Sachlage, ruhmreich gelangt. Es wird nun Aufgabe des Parteitages sein, diese große Misachtung eines Parteitageschäftes zu entscheiden, zurückzuweisen und die Wiederholung eines solchen Vorganges zu verhindern. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei muß unter allen Umständen sicher gestellt werden. Das Kapitel „Organisation“ gibt an, daß die Mitgliederzahl im letzten Jahr von 633.300 auf 720.085, also um 13,60 Prozent gestiegen sei. Der Berichterstatter führt hierzu u. a. noch aus: Die Steuerfrage hat der Vorstand nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weil dieser Parteitag noch wichtigere Aufgaben zu erledigen hat, als in eine Besprechung der Steuerpolitik einzutreten. Der Antrag, den „Vorwärts“ auch als Abendblatt erscheinen zu lassen, konnte nicht verwirklicht werden, ebensowenig die Einrichtung einer literarischen Abteilung, die im Rheinlande am 1. Januar 1911 ins Leben treten sollte. Hierauf erstattete Generalsekretär Eber: an Stelle des zentralen Kassierers Gerich, dem er beidige Bestellung wünscht, den Kassierern Gerich. Der Kassierbericht kann als guter betrachtet werden. Der Ueberblick besitzlich sich auf 119.000 Mark, im Vergleich mit dem Ergebnis der Kassensführung im vorigen Jahre erscheint der diesjährige Ueberblick freilich unangünstig. Die Einnahmen sind zurückgegangen, die Ausgaben gestiegen. Der vorjährige Kassensachverhalt war indessen ein so ungenügendes guter, wie er eben nur ausnahmsweise vorkommt. Im Anschluß daran erstattete Eber den

Bericht über die Presse.

Die Zahl der Tagesblätter der Partei hat sich gegen das Vorjahr um 2 vermehrt, lo daß deren Zahl sich gegenwärtig auf 76 beläuft. Leider stehen große Schichten des Proletariats der sozialistischen Presse noch fremd gegenüber. Um dies zu gewinnen, müsse noch viel Arbeit geleistet werden. Den Bericht der Kontrollkommission in die diesbezügliche hierauf Kadon (Dresden). Es ist die sogenannte „Hängelkommission“, die die Aufgabe hat, Parteimitglieder zu schlichten, sie bildet gewissermaßen

„Das Reichsgericht der Partei“

und hat sich im Berichtsjahr wieder mit verschiedenen Ständeren zu befassen gehabt. Von allgemeinerem Interesse ist der Streit Kollwagen-Gesellschaft in Augsburg. Dort haben zwei Genossinnen und ein Genosse unter dem Eide dem Führer der Sozialdemokratischen Kollwagen die Glaubwürdigkeit angezweifelt, weshalb sie von Kollwagen vor das Schiedsgericht geladen wurden. Dieses erteilte den drei Personen ihrer Klage wegen eine Rüge. Der verurteilte Genosse bestritt nun dem Schiedsgericht das Recht, eine solche Rüge zu erteilen. Die Kontrollkommission hat sich dem Returs anschließen müssen und das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben. Eine andere Affäre betrifft ein Konsumvereinsmitglied, der sich von vierstärken unerlaubte Vorteile verschafft hatte. Ein Arbeiter Genosse wurde ausgeschlossen, weil er dem anarchischen Metallarbeiterverband angehört und die Zugehörigkeit zu einem anarchischen Verein gegen die Nürnberger Verfassung verstoß. Der nächste Differenzpunkt betrifft den Fall Wed-Silber. Wed (Offenburg) teilte der Kontrollkommission in einem Schreiben mit, daß der Genosse Silber (Mannheim) auf dem höchsten Parteitag gegen ihn beläufige Anschuldigungen gebracht habe. Die Kontrollkommission ergriffte den Vorwand für begründet, hielt aber davon ab, den Fall als eine Beläufigkeit zu erledigen, sie gibt vielmehr dem Parteitag davon Kenntnis, um den Genossen die Möglichkeit zu verschaffen, sich auf

dem Parteitag zu rechtfertigen. Der Vorsitzende Diez stellt nunmehr im Anschluß hieran die Unterbrechungsfrage für die zum Geschäftsbericht, Kassensbericht, Presse und Organisation vorliegenden Anträge. Die nötige Unterbrechung finden Anträge, die die Möglichkeit einer Urabstimmung schaffen wollen, die von den Reichstagsabgeordneten eine unzeitbedingte schriftliche Erklärung verlangen, strikte im Geiste der proletarisch-revolutionären Prinzipien des Klassenkampfes also ohne jede Konfession an die bürgerliche Gesellschaft ihr Mandat auszuüben. Hierauf erhielt Stadtraterdner E. S. H. (Mannheim) das Wort. Er behauptet, daß jede solche Kleinigkeit wie der Streit zwischen ihm und Wed das Präzidium des Parteitages bilden sollte. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Besprechung der Sache, die durch ihre Behandlung aller mögliche Streit ausgeräumt werden sollte, nicht auf den Parteitag gehöre. Er hielt daher den Antrag, die Angelegenheit der Beläufigkeitskommission zu überweisen, der er kein Material zur Verfügung stellen werde. Wed (Offenburg): Ich bitte dem Antrag nicht stattzugeben. Wie der Vorsitzende der Kontrollkommission erklärt hat, ist von den gegen mich erhobenen Anschuldigungen kein Wort wahr. Die Kontrollkommission lehnt es daher ab, mir das Anrecht auszusprechen, daß ich meine Stellung in der Kontrollkommission benutze, um die Partei zu schädigen. S. H. lagte, es läßt sich nicht, derartige Kleinigkeiten auf dem Parteitag zu verhandeln. Da Parteimitglieder, bezüglich der die Anschuldigungen gegen mich erhoben hat, war ja mein Parteimitglied, der Genosse Silbering und zwar auf dem höchsten Parteitag.

Dittmann (Bremen) begründet hierauf folgenden Antrag:

„Der Parteitag wolle beschließen, einige tüchtige Sozialpolitiker zu beauftragen, geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenzustellen, worin alle Kräfte, die vornehmlich im Wahlkampf zur Sprache kommen, gemeinverständlich in unserem Sinne zu beantworten sind, z. B. die Finanz- und Steuerpolitik, der Militarismus, die Trinks, Ringe und die Agrarpolitik, die Arbeiterversicherungsfrage u. a. m. Dieses Material ist im sämtlichen Parteimitgliedern zum Selbststudium anzuschauen, welche es in ihren Spalten mit dem Hinweis veröffentlicht, daß sich jeder intelligente Genosse diesen Stoff aneignen, um erst in den Wahlkampf eingreifen zu können.“

Reutich (Breslau) wünscht die Herausgabe einer Agitationsbroschüre. Hierauf will die Genossin Ziel (Charlottenburg) über den Antrag auf Eröffnung einer Modenzeitung u. sprechen, muß aber die Tribüne wieder verlassen, da sie darauf aufmerksam gemacht wird, daß vorläufig wichtigere Sachen vorliegen. Nachdem noch einigen anderen Genossen das gleiche Schicksal widerfahren ist, tritt die Mittagspause ein. Inzwischen sind noch einige weitere Anträge von Kassel und Eberfeld-Barmen

in Sachen der bedürftigen Budgetbemittlung eingegangen, die sich ebenfalls sehr heftig gegen die bedürftigen Genossen wenden. Von Eberfeld wird erkl. die Regierung wegen der immer häufiger vorkommenden russischen Grenzübergriffe zu interpellieren und von Ströburg wird verlangt, den verfassungsmäßigen Zustand Elsaß-Lothringens zu regeln. Der Parteitag soll sich gegen die barbarische Ansetzung wenden, daß die Reichslande die Kriegsteube der deutschen Bundesstaaten waren und gelassen seien. Er solle mit aller Macht gegen die Errichtung und Vorbereitung einer Dynastie vorgehen und sich gegen die Wählung, durch ein Zweitemmelieren die Volkswahl der Kontrolle eines Oberhauses zu unterwerfen. Der Parteitag würde den demokratischen Grundgedanken der Sozialdemokratie folgen, wenn er die volle Gleichberechtigung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten und innerhalb der Landesverfassung die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger verlangte.

Am Nachmittag wird die Debatte über diese Anträge fortgesetzt werden.

Deutscher Naturforscher- und Aerztetag.

Königsberg i. Pr., 18. Sept. 1910.

In der ehrwürdigen Universitätsstadt Königsberg begannen heute unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung die Verhandlungen der 82. Hauptversammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, deren Beratungen man in der ganzen wissenschaftlichen Welt mit großem Interesse entgegen sieht, da in ihrem Verlaufe die neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und der Medizin zur Besprechung gelangen. Zum Unterschiede von dem deutschen Aerztetag, der sich ausschließlich mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten seiner Mitglieder befaßt, erstrecken sich die Arbeiten des Deutschen Naturforscher- und Aerztetages auf die rein wissenschaftlichen Disziplinen, und alljährlich haben diese Versammlungen eine große Fülle interessanter und wichtiger Auszubehungen gezeitigt. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Umfang und Bedeutung gewachsen, stellt die Gesellschaft heute die importierendste wissenschaftliche Vereinigung der Welt dar, deren alle Gebiete des menschlichen Wissens und der Forschung umfassende Verhandlungen das Interesse aller Gebildeten in Anspruch nehmen. Dazu kommt, daß der Naturforscher- und Aerztetag in einer nur medizinischen Standpunkt aus höchst interessanten Gegend tagt.

Zwei Choleraherde

liegen in unmittelbarer Nähe Königsbergs: von Osten drängt die russische Choleraepidemie und im Westen hat sich der Choleraherd von Rasthof bei Marienburg aufgetan. Es ist somit kein Wunder, daß die Cholerafrage eine umfangreiche Besprechung auf der Tagung erfahren wird. U. a. werden Professor Schidorski (Danzig) über die „russische Cholera“ und Professor Stülgen (St. Petersburg) über die Frage, ob die Cholera eine Nitritvergiftung ist, sprechen. Von ganz besonderem Interesse werden diesmal die Verhandlungen der Abteilung für Dermatologie sein, in der

vorausichtlich die beiden Forscher Meiser (Breslau) und Ehrlich (Frankfurt) über den gegenwärtigen Stand des Siphilitis und das neue Seilmittel, Ehrlich's H a G 0 6 sich äußern werden. Man weiß, daß zwischen den beiden Gelehrten ein gewisser Antagonismus besteht. Professor Meiser hat davon gewarnt, überhöfliche Hoffnungen auf das neue Mittel zu setzen und seiner Warnung haben sich, namentlich in letzter Zeit, gewichtige Stimmen aus den ärztlichen Kreisen angeschlossen. Man hat sich ferner dagegen gewarnt, wie Ehrlich's H a G 0 6 von gewisser privilegiertester Seite geschäftlich angepöbelte wird. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alle diese Dinge eingehende Erörterung finden werden. Allgemein interessierende Thematik behandeln ferner der bekannte Forschungsreisende Leutnant F i c h n e r, der über die neue deutsche Südpolar-Expedition referiert wird, Professor Senig-Berlin („Die Verkehrserleichterung Kleinasiens und Mesopotamiens“), Professor Bieler-Wagen („Die Beeinflussung der Vegetation durch Hüttenrauch“) und Professor Kiel (Leipzig), „Der therapeutische Wert der Heilfäule“. Die erste Sitzung der Abteilung für Mathematik, Astronomie und Geodäsie wird sich zu einer Ehrung des Königsberger Astronomen Bessel gestalten, der hier von 1810 bis 1846 wirkte. Am Morgen sind 29 Vorträge für die einzelnen Fachgebiete der Sachverständigen und der Kammerpräsidenten geplant. Die Tagung findet unter dem Vorsitz von Professor Dr. Wien (Würzburg), Professor Dr. v. Frey (Würzburg) und Professor Dr. Heiber (Münster) statt. Den erweiterten Vorstand bilden die Professoren Wand (Berlin), S. H. Meyer (Wien), Duisenberg (Eberfeld), Freiherr v. Eiseleberg (Wien), Fr. Müller (München) und Fend (Berlin). Geschäftsführer der Tagung sind die Professoren Röhmer und Franz Meyer (Königsberg). Heute nachmittag fand eine Tagung des Gesamtvorstandes statt, in der geschäftliche Angelegenheiten erörtert wurden. Zum Ort des nächsten Naturforschers- und Lehrkongresses wurde Karlsruhe gewählt. Außerdem vereinigt ein Begrüßungsabend im Tiergarten die bereits eingetroffenen circa 1500 Teilnehmer.

Deutsches Reich.

Der Professorenrat als Ursache eines Konfliktes.

Im Zusammenhang ist ein Konflikt zwischen dem Senat und dem Bürgerausschuß ausgebrochen. Der Senat hatte unter anderem den Herren Dr. phil. Schmidt und Dr. phil. Anna den Professorenrat als Ursache eines Konfliktes bezeichnet. Der Bürgerausschuß den Senat nach Art. 60 Abs. 5 der Staatsverfassung für nicht zuständig und erwiderte ihm, die Zustimmung der Bürgerausschüsse nachträglich einzuholen. Dem Bürgerausschuß ging hierauf eine Erwiderung des Senats zu, worin dieser erklärte, er habe sich zu dieser Mitteilungsleistung für zuständig, und lege sich daher nicht veranlaßt, dem Ergehen des Bürgerausschusses zu entsprechen. Am nun zu einer glücklichen Einigung zu kommen, beantragte der Bürgerausschuß eine Sitzung an, an der auch verschiedene Senatskommissare teilnehmen. Allein die Vorbereitung verlief ohne Ergebnis. Die Senatskommissare hielten unweidlich an dem Standpunkte des Senats fest. Der Bürgerausschuß legt sich daher jetzt genötigt, den in der Verfassung vorgeschriebenen Weg einzuschlagen und der Bürgerausschuß die Vertagung der öffentlichen Rechts durch die Ernennung der beiden Herren zu Professoren zur Anzeige zu bringen.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis.

Der Leiter des Arbeitsnachweises der Eisenindustrie in Hamburg, Ingenieur E. Thielow, ergreift in zwei Broschüren: „Die paritätischen Nachweise im Dienste der Gewerkschaften“ und „Zum Kampf um den Arbeitsmarkt“ das Wort zu diesem sozialen Problem. Er weist darauf hin, daß die paritätischen Nachweise überwiegend unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehen. Die Vertreter der Arbeitseigenen sind in den meisten Fällen Gewerkschaftsbeamte. Dadurch werden die Interessen der nichtorganisierten Arbeiter völlig beiseite gelassen. Gegenüber diesen Schattenseiten der paritätischen Arbeitsnachweise weist Thielow auf die Einrichtung des Arbeitsnachweises für die Eisenindustrie in Hamburg hin. Dieses sog. Hamburger System ist eine bürgerliche Einrichtung. Es erstrebt einen Ausgleich nach Angebot und Nachfrage an und ist für beide Teile obligatorisch. Beide behalten aber durchaus ihren freien Willen betreffs Annahme oder Ablehnung des Arbeitnehmers resp. Arbeitgeber. Die Benutzung ist unentgeltlich. Der Arbeitgeberverband trägt die Kosten des Betriebes und führt demgemäß Verwaltung und Aufsicht. Eine Frage nach der Zuständigkeit zu einer Organisation wird nicht an den Arbeiter gestellt. Hat sich ein Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber zur Annahme der Stelle bereit erklärt, so muß er sie annehmen, andernfalls wird er kontraktmäßig und vierzehn Tage nach Abreise ausgeschlossen. Thielow ist der Ansicht, daß mit Hilfe dieses Systems wirtschaftlichen Krisen und der Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden kann.

Die „Kön. Ztg.“ würdigt die beiden Broschüren einer längeren Besprechung. Sie hebt hervor, daß es auffallen muß, daß Thielow keinen Unterschied macht zwischen den paritätischen Sachnachweisen und den Nachweisen auf kommunaler Grundlage. Solange die Sozialdemokratie hinter dem Arbeiter steht, haben die Arbeitgeber nachweise ihre Berechtigung. Bei größerem Vertrauen jedoch sind die paritätischen Arbeitsnachweise auf kommunaler Grundlage die geeigneten.

Der Milchverbrauch.

Am vergangenen Sonntag tagten in Koblenz die Milchhändlerverbände von Elbb., Mittel- und Westdeutschland. Es wurde in der stark besuchten Versammlung der Beschauptung entgegengetreten, daß die Preiserhöhung für die Milch nur vorübergehend sei. Der Milchverbrauch würde wegen der Teuerung immer geringer. In Berlin z. B. komme täglich auf den Kopf der Bevölkerung nur noch 1/4 Liter Milch. Den Bestimmungen, den Preis für ein Liter Milch höher als 20 Pfg. zu treiben, wollten die vereinigten Milchhändlerverbände energig entgegengetreten. Die Landwirte hätten früher 16 Pfg. für ein Liter verlangt, jetzt müßten die Händler schon 16 Pfg. bezahlen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Am 17. und 18. September in der Festhalle zu Koblenz tagende Versammlung der vereinigten Milchhändlerverbände

Deutschlands vereint einstimmig jede willkürliche und unangehörige Milchpreiserhöhung seitens der Produzenten und vermahnt sich gegen jede Entscheidung, die dem Milchhändlerstand das Mitbestimmungsrecht an der Preisgestaltung nicht ausgedehnt werden soll.“

Parteinachrichten.

Sonderbare Geschäfte.

Ein recht sonderbares Geschäft möchten die Konfessionen in Frankfurt a. O. Lebus zu machen. Wie die „Kreuzzeitung“ zu erfahren weiß, hat der Vorherrscher des konfessionellen Wahlvereins v. Stünzner-Karke in Sieversdorf an die vereinigten liberalen Parteien des Wahlkreises Frankfurt-Lebus folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Reichstagswahl am 15. d. M. hat einen auffallend starken Rückgang der liberalen Stimmen gezeigt, und nur mit konservativer Hilfe kann der liberale Kandidat in der Stichwahl gewählt werden. Selbstverständlich erfolgt das Eintreten der konservativen Partei in der Stichwahl für den bürgerlichen Kandidaten bedingungslos. Immerhin möchte ich gerade jetzt an die vereinigten liberalen Parteien des Wahlkreises die Forderung stellen, der konservativen Partei ein Landtagsmandat abzutreten, da das Stärkeverhältnis der bürgerlichen Parteien ein solches ist, und die liberale Partei bis jetzt im Besitze von drei Mandaten gewesen ist. Ich verhehle nicht, darauf hinzuweisen, daß die Stellungnahme der liberalen Parteien in dieser Frage für die Zukunft von Bedeutung sein wird, und sehr einer baldigen Mitteilung entgegen.“

Man weiß nicht recht, soll man diesen Brief nicht oder, wenn ja, wie man ihn zu verstehen hat. Der Wahlkreis Frankfurt-Lebus hat außer dem Reichstagsmandat zwei Landtagsmandate zu vergeben, die bis 1903 in den Händen eines konservativen und eines freikonfessionellen Inhabers waren. Erst 1903 — also in demselben Jahre, in dem die Konservativen das Reichstagsmandat verloren — gelang es den vereinigten Liberalen, der konservativen-agrarischen Koalition, die in diesem Wahlkreise unter der Führung der Grafen Lindenfeld, v. Burgsdorf, von der Marwitz, v. Rosenfeld, v. Stünzner, und anderer unverfälschter öffentlicher Kandidaten, auch die beiden Landtagsmandate zu entreißen. Und seitdem vertreten ein völkervertreterischer und ein nationalliberaler Abgeordneter den Wahlkreis im preussischen Abgeordnetenhaus. Daß den Konservativen der Verlust dieser drei Mandate in einem Jahre sehr schmerzhaft ist, wollen wir glauben. Aber die Zustimmung, mit der sich die in diesem Wahlkreise bei allen Wahlen Untrüben, jetzt der liberalen Parteien kommen, ist doch etwas beachtenswert. (Ein ähnlicher Austausch von konfessioneller Seite auch in Halle — vor der letzten Reichstagswahl — allerdings erfolglos — versucht worden.)

Hof- und Personalnachrichten.

Die Frau Kronprinzessin vollendet heute das 24. Lebensjahr. — Prinz Heinrich von Preußen ist gestern von London zum Besuch des Grafen und der Gräfin Powsis auf Powsis Castle eingetroffen.

Ausland.

Vatikanische Bureaucratie.

Eine Aussen erregende Meldung bringt die katholische „Angsburger Post“, aus Rom. Danach wird es bei dem Dekret der Konstitutionalerkongregation, das den Bischöfen das Recht zur Ablegung von Votoren gibt, noch nicht sein Bewenden haben. Es steht außer Zweifel, daß P. P. P. X. durch das neue Dokument seine alte Föhrlichkeit, die katholische Hierarchie immer mehr zu kräftigen. Der P. P. P. X. hat sein Programm auf diesem Gebiete noch nicht erfüllt. Das Dekret kann natürlich in allen jenen Ländern sofort in Tat umgesetzt werden, wo kein Konfession besteht, wo der P. P. X. durch die Regierung in die Pfarren eingesetzt ist oder ein P. P. X. bestehen mußte, kann es ebenfalls vornehmen, daß der Bischöfe sich weigert, die Verfügungen des Bischofs anzuerkennen. Wo ein Konfession besteht und damit auch eine Beziehung zwischen dem Bischof und der betreffenden Regierung, wird der Staat freilich keinerlei Schwierigkeiten machen, es müßte denn höchstens eine Zustimmung bestehen, in der die Regierung durch Überhand oft einen Druck ausüben können.

In Italien, wo ganz spezielle Verhältnisse bestehen, ein P. P. X. ohne Konfession, sind solche Verhältnisse immerhin möglich. Um nun zu verhindern, daß sich so etwas zuträfe, soll P. P. X. die Pflicht haben, in der Ernennung der P. P. X. eine wichtige Modifikation einzuführen. Diese würden nach der Modifikation nicht mehr auf Lebenszeit, sondern zur Verjährung der Bischöfe ernannt; mit ihrer Ernennung würde also kein Verzichtum mehr verknüpft.

Man sucht offenbar in Rom, jede Selbständigkeit der Geistlichkeit geistig niederzuknicken, da man körperlich den Parteien nichts mehr anhaben kann.

Benizelos Triumphtar.

Der in die griechische Nationalversammlung gewählte freisinnige Politiker Benizelos ist in Athen eingetroffen. Sein Damfwer wurde von zahlreichen Boote in der Hafen geleitet. Eine Abordnung von Deputierten bezog sich an Bord, um ihn zu begrüßen. Als er das Schiff verließ, brachte ihm die am Bollwerk verarmte Menge sehr viele Glückwünsche dar. Am Bahnhof in Athen erwarteten ihn eine Anzahl von Korporationen und geleiteten ihn unter Vertritt von 30 Fahnen in sein Hotel. Unter langandauerndem Beifall äußerte sich Benizelos Johann über die Lage. Er meinte, es liege im Interesse der Nation, ihre Unabhängigkeit an das Königshaus zu zeigen. Die Nationalversammlung müsse ihrer repräsentativen Charakter bewahren und die Grundlagen der Verfassung den Anforderungen der Neuzeit gemäß umgestalten. Er, Benizelos, werde ein Mitarbeiter dazwischen sein, die für die moralische und materielle Hebung Griechenlands Sorge tragen und es zu einem Faktor der Zivilisation im Osten machen wollten.

Kleine Sagenachrichten.

Komplot gegen den Polizeipräsidenten von Argentinien.

Wie gemeldet wird, hat in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires die Polizei am Sonabend sämtliche Redaktionsmitglieber der Zeitung „Republica“, des Organs der radikalsten argentinischen Partei, verhaftet. Vor ungefähr 14 Tagen war durch eine Regierungsverfügung das Erscheinen der Zeitung untersagt worden. Die Redakteure protestierten in einer Protestation in sehr heftigen Ausdrücken gegen den Staatschef. Man beschuldigt jetzt die Redaktion eines Komplots gegen das Leben des Präsidenten der Republik, der sich gewöhnlich auf einer Reise nach Chile befindet.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 20. September.

Stadtvorordneten-Sitzung

Halle, 19. Sept.

Im Vorstandssitz der Herren Geh. Kommerzienrat Stedeker, Baumeister Gngas und Fabrikant Gschelke. Eingegangen ist eine Mitteilung des Magistrats betr. Wahlen zum Stabiausschuß. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Die beim Etat des Stabiausschusses für 1909 in Höhe von 1226,50 Mark eingetretene Ueberschreitungen werden aus den Ueberschüssen dieses Jahres nachbewilligt. (Ref. Herr St. Springer.)

Herr St. Springer fragt an, wie es mit dem

Erweiterungsbau des Siedenhauses

stehe. Von dem Projekt höre man immer noch nichts, obwohl 4—5 Jahre bereits vergangen seien und einbringen des Baubehusses für den Bau vorliege, der nötiger sei als das Schwimmbad.

Herr Stadtbaurat Jachariu entgegnet, das Projekt sei fertig und habe in den letzten Wochen auch bereits der Siedenhausdeputation vorgelegen, allerdings ohne den Kostenausschlag. Der würde zurzeit angefertigt. In Kürze sei eine Magistratsvorlage zu erwarten.

2. Die vorgelegte Rechnung von 241,76 Mark über im Jahre 1909 für die Bibliothek des Stabtarzes beschaffte Bücher und Zeitschriften wird aus Mitteln der Etatsdisposition VI B II 8 pro 1910 — Vermehrung der Bibliothek — gedeckt. (Ref. Herr St. Springer.)

3. Beim Haushaltsplan der Theodor Schmidt-Stiftung pro 1909 sind folgende Ueberschreitungen vorgekommen: Inhaberschaft des Grundstücks 167,10 Mk., pp. der Ueberschüsse, Betten pp. 47,96 Mk., Reinigungslohn 27,14 Mk., Wasser 3,12 Mk., Verpflegungskosten 88,80 Mk., Miete pp. des Theodor Schmidtschen Erbvertrages 57,50 Mark, für Armenien 49 Mk., Arbeitgeberbeiträge (Verleihen) 10,32 Mk., unvorhergesehene Ausgaben 184,11 Mk., im Ganzen: 1541,57 Mk. Die Ueberschreitungen werden genehmigt und die zu deren Deckung erforderlichen 1541,57 Mark a conto Kapitel XX Nr. 11 des Kämmereihaushaltsplanes für 1909 nachbewilligt.

4. Zur Vertiefung des — namentlich durch den Druck der neuen Bauordnung — stark überschrittenen Titels Kapitel VII B III o 3 betr. Druckkosten, Buchbindelwerke und Normulare der Polizeiverwaltung werden 4000 Mark aus Kap. XX Nr. 11 des Haushaltsplanes 1910 nachbewilligt. (Ref. Herr St. Springer.)

5. Im Rechnungsjahre 1909 sind beim Etat der Kaufmannschaft folgende Ueberschreitungen eingetreten: Einrichtung einer elektrischen Licht- und Kraftanlage sowie Beschaffung neuer Wäschemaschinen 14,34 Mk., Reparaturen an Gebäuden pp. 748,58 Mk., Unterhaltung des Gartens 570,69 Mark, Gemeinde-Grundstücke 20,26 Mk., Beschaffung und Unterhaltung der Gerichtshäuser 342,90 Mk., für Beleuchtung 752,40 Mk., Arbeitgeberbeiträge zu den gesetzlichen Versicherungen der Arbeiterkosten 39,55 Mk., Benutzung der Fernsprecheinrichtung 10,95 Mk., unvorhergesehene Ausgaben 724,19 Mk., Instandhaltung der Gebäulichkeiten (einmalige Ausgabe) 111,50 Mk., Einfriedigung des Gemüsegartens (einmalige Ausgabe) 3 Mk. Im Ganzen: 3338,36 Mk. Die Ueberschreitungen werden genehmigt. (Ref. Herr St. Springer.)

Punkt 6 betrifft die künftige

Leitung der Gas- und Wasserwerke.

Herr St. Dehne trägt folgende Magistratsvorlage vor: Der Magistrat beantragt:

1. Die technische Oberleitung der Gaswerke dem Direktor des Elektrizitätswerkes, Herrn Diplomingenieur Jung zu übertragen und diesem in seiner Eigenschaft als Direktor des Elektrizitätswerkes, der Gaswerke und der Straßenbahn ein Jahresgehalt von 12 000 Mark sowie freie Dienstreise nach Heizung und Beleuchtung im pensionsfähigen Jahreslohn von 1500 Mark zu gewähren; 2. zur örtlichen Leitung der Gaswerke einen Betriebsingenieur auf Grund eines Privatdienstvertrages unter Vorbehalt der Kündigung gegen ein von dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke festzusetzendes Gehalt zu berufen; 3. einen Direktor der Wasserwerke mit der Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit gegen ein Jahresgehalt von 6000 Mark, bestehend aus 3 Jahre um 400 Mk. bis auf 8000 Mark anzustellen; 4. die für das Verwaltungsjahr 1910/11 erforderlichen Gehaltsbeträge den Beschlüssen des Personalekztes S. 318 Nr. 40 bzw. S. 316 Nr. 1, eventuell den Ueberschüssen der Gas- bzw. Wasserwerke zu entnehmen.

Der Magistrat führt dafür folgende Gründe an: Am 24. Juni 1910 ist der Direktor der Gas- und Wasserwerke Herr Schreyer und am 6. Juni 1910 der Betriebsingenieur der Gaswerke Herr Dagemeier gestorben. In Uebersetzung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke will der Magistrat die Oberleitung der Gas- und Elektrizitätswerke nebst dem Herrn Direktor Jung unter Festlegung seines gesamten Dienstlohns laut vorstehendem Beschluß übertragen. Der Magistrat erwartet von der Verbindung der Werke, die beide für die Beleuchtung der Stadt zu sorgen haben, sowohl auf dem Gebiete der Technik wie der Verwaltung Vorteile. Die benachbarte Lage der Werke wird bei gemeinsamer Oberleitung wesentlich erleichtert. Die durch den Tod des Herrn Dagemeier frei werdende Stelle soll durch einen Privatangestellten, nicht Beamten, besetzt werden. Für die Festlegung des Gehalts von Privatangestellten ist das Kuratorium zuständig. Die Leitung des Wasserwerkes und die im Gange befindliche erhebliche Ausdehnung erfordert allein die Kraft eines tüchtigen Spezialfachmannes, der nicht nur den normalen Betrieb zu leiten

vermag, sondern auch hinsichtlich der Entwicklung des gesamten Unternehmens, der Gewinnung, Reinigung und Verteilung des Wassers umfassende Kenntnisse und Erfahrungen besitzt. Der Magistrat hat daher beschlossene, für die Leitung der Wasserwerke unter Aufsicht der an sich nicht begründeten Verbindung mit den Gaswerken eine eigene Direktorstelle zu schaffen. Es besteht Aussicht, eine bewährte Kraft für dieses in familiärer Beziehung überaus wichtige Institut zu gewinnen. Bei der vorgeschlagenen Regelung der Verhältnisse werden die bisherigen Aufwendungen für Gehalt usw. nicht überschritten. Herr Direktor Schreyer bezog 8500 Mark Gehalt und freie Wohnung usw., im Pensionatsverhältnis von 1500 Mk., Herr Hagemeier bezog zuletzt 4650 Mk. Gehalt. Das Honorar für den Nachfolger des letzteren wird etwa ebenso viel betragen. Das Gehalt für die neue Direktorstelle soll zunächst 6000 und höchstens 8000 Mk. betragen, während Herr Direktor Jung ein Mehrer nur durch die freie Dienstwohnung erhält.

Herr Stv. Döhle erklärt im einzelnen diese Gründe und verweist namentlich bei dem Plan, die Leitung der Gaswerke und der Wasserwerke von einander zu trennen. Herr Jung sei nicht bloß ein ausgezeichneter Ingenieur, sondern auch ein verlässlicher Kaufmann, dem man getrost zur Direction des Elektrizitätswerkes noch die Leitung der Wasserwerke übertragen könne; es sei daraus Vorteil für die Stadt zu erhoffen. In der Finanzkommission habe man allerdings den Magistratsantrag mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Neben selbst erklärt, auf dem Standpunkt des Magistrats zu stehen.

Herr Stv. Probst bringt den Antrag ein, auch die Oberleitung des Wasserwerks Herrn Direktor Jung zu übertragen und als dritten Leiter einen Sachmann auf Grund eines Privatdienstvertrages anzustellen.

Herr Stv. Schiele wünscht für die Leitung der Wasserwerke den Spezialistenmann anzustellen, eine erste Kraft. Es sei bereits ein bezahlter Sachmann in Aussicht genommen, aber der würde nicht nach Halle kommen, wenn man ihm womöglich nur die zweite Stelle geben wollte. Der Magistratsantrag sei der beste.

Herr Stv. Thiele bemängelt, daß der Magistrat den dritten Leiter der Gaswerke nur durch Privatvertrag anstellen wolle. Das müsse kritisch machen, müsse den Verdacht erregen, als habe man Ziele im Auge, die man nicht offen setzen wolle. Es scheine, das ganze Arrangement werde nur angestrebt, um eine bestimmte Person für die Leitung der Wasserwerke nach Halle zu dirigieren, die man gerne haben möchte. Von solchen Gesichtspunkten, die auf eine Person hingielen, dürfe sich aber eine lässliche Verwaltung nicht lassen; denn die Vorteile fallen mit dem Scheitern der betreffenden Person. Damit könnte man sich einverstanden erklären, alle Vertreter einzigen Oberleitung zu unterstellen; denn solche Verbindung würde dann große Vorteile zeitigen hinsichtlich der einheitlichen Durchführung der Verwaltung. So aber handle es sich um Sachstellen. Neben hat übrigens Bedenken, Herrn Jung auch die Leitung der Gaswerke mit zu übertragen; er befürchtet eine Verteuerung der Gaspreise. Herr Jung werde das Elektrizitätswerk selbst als sein Lieblingskind betrachten; die Konkurrenz beider Werke werde aufhören, wenn die Leitung in Herrn Jungs Hand vereinigt sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Ripe erklärt es nicht für auffällig, daß der Technikerposten, die Leitung des Gaswerkes nicht als Beamtenstelle besetzt werden solle. Auch der erste Ingenieur des Elektrizitätswerkes, der direkt auf Herrn Jung folgt, ist nicht Beamter, sondern durch Privatdienstvertrag angestellt. Das sei auch anderswo Brauch. Was die Unterstellung des Herrn Thiele hinsichtlich der Leitung der Wasserwerke anlangt, so habe der Magistrat keine andere Absichten als die, Herr Thiele, er habe nichts zu vergeben und nichts zu unterbreiten. Von der Leitung der Gaswerke, das größte industrielle Establishement, das die Stadt habe, sei von Herrn Jungs kaufmännischem Talent Vorteil zu erwarten. Gas und Wasser habe fastlich mit einander nichts zu tun; daß die Röhren beider Werke in die Straßen verlegt werden, und deshalb sich die Vereinigung beider Betriebe empfehle, sei ein recht oberflächlicher Grund. Hinsichtlich des Wasserwerkes haben wir große Aufgaben zu erfüllen; eine erste Kraft ist uns vonnöten, um unsere Wassererwerbungsverhältnisse, die wir stark erweitern wollen, durch Schwierigkeiten durchzuführen. Eine erste Kraft bekommen wir nicht, wenn wir ihm einen Vorgesetzten geben wollen. Der Mann, den wir im Auge haben, hat hier bereits in hervorragender Weise mit Erfolg gearbeitet. Aber er soll nicht der einzige sein, der in Betracht kommt. Nicht etwa bloß um seine Person willen wollen wir einen selbständigen Vorgesetzten für die Wasserwerke errichten, sondern um überhaupt auf eine erste Kraft hinwirken zu können. Elektrizität und Gaswerk liegen zusammen, das Wasserwerk liegt in Beelen weit davon ab. Herr Jung befehligt in ausgezeichnete Weise das Elektrizitäts- und Gaswerk, aber nicht in dem Maße das Wasserwerk. Neben führt aus, daß die Gehälter für erstklassige Techniker neuerdings außerordentlich gestiegen seien. In jungen Jahren beziehen Techniker schon sehr hohe Gehälter.

Herr Stv. Springer spricht sich im wesentlichen für den Antrag Döhle aus; man solle Herrn Jung auch die Oberleitung der Wasserwerke übertragen. Herr Jung verwalte beide Werke bereits interimistisch drei Monate und habe verschiedene Mängel abgelehnt. Herr Jung sei sicherlich ein Mann, der auch die Aufgaben, die dem Leiter der Wasserwerke obliegen, bewältigen wird.

Herr Stv. Probst verliest seinen Antrag mit Rücksichten der Parlamentarier. Wir haben in den letzten Jahren several Oberbeamtenstellen geschaffen, daß wir Gelegenheit nicht ergreifen müssen, zu hören. Der Mann, der in Aussicht genommen ist, Herr Seeger, ist gegenwärtig in Mannheim und erhält dort 8000 Mk.; hier will er für 6000 Mk. arbeiten. Ich finde das nicht kaufmännisch gebildet. Wenn er sich für die 2000 Mk. Differenz in eine Versicherung begeben, würde er nach 30 Jahren 100 000 Mark Kapital bekommen. Der neue Direktor müßte auch ein eigenes Bureau haben. Er kann doch nicht diejenigen Beamten benutzen, die auch das Gaswerk hat; er muß eigenen Sekretär, Assistenten usw. haben. Aus Sparmaßregeln empfiehlt Neben seinen Antrag.

Herr Stv. Herzog hält die Vereinigung sämtlicher Werke in einer Hand nicht für angebracht. Auch das sei schon zuviel, daß Herr Jung, neben der Leitung des Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn, noch die Leitung des Gaswerkes erhält. Neben fragt, ob Herr Seeger, den man für den Posten des Wasserwerksdirektors wünscht, nicht auch die Leitung des Gaswerkes übernehmen könne. Das Wasserwerk sei hinsichtlich das bedeutendste Werk; es bedarf eines selbständigen Leiters.

Herr Stv. Kabe bringt den Gesichtspunkt in die

Debatte, daß der Bergbau einmal in unser Wassergebiet eingreifen könne, auch der Bau des Esterhans; das heißt es auf der Zeit sein. Wir müssen einen selbständigen Direktor für das Wasserwerk engagieren.

Herr Stadtrat Pfeiffer bemerkt, daß er Herrn Seeger für fähig halte, auch das Gaswerk zu leiten.

Nachdem die Debatte 1½ Stunden gedauert hat, kommt man zur Abstimmung.

Die Magistratsvorlage wird mit 28 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Probst erhält nur 23 Stimmen, der Antrag Springer 24 Stimmen, der Antrag Herzog nur wenige Stimmen.

Alle Anträge misamt dem Magistratsantrag sind also abgelehnt.

Die Überführung der Bradmer Straße durch das Anschlagsheis der Fa. Bertels Futtertaden, G. m. b. H. hier, wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Hertel.)

8. Wie Herr Stv. Blumentritt darlegt, beantragt der Magistrat, zugufimmung, daß das

Ratskeller-Restaurant

dem Restaurateur Hermann Kunge hier für die Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1917 unter folgenden Bedingungen weitervermietet wird: 1. Der Mietzins beträgt für die ersten 3 Jahre (1. Oktober 1911 bis 30. September 1914) jährlich 13 300 Mark, für die weiteren 3 Jahre (1. Oktober 1914 bis 30. September 1917) jährlich 13 800 Mark. Außer diesem Mietzins hat der Mieter noch 800 Mk. jährlich für die Heizung der Räume zu zahlen. Der jetzige Mietzins beträgt jährlich 12 800 Mark und 800 Mark für die Heizung. 2. Für den Fall, daß die im 3. Ober- und im Dachgeschoss mitvermieteten Wohn-, Schlaf- und Wirtschaftsräume für lässliche Verwaltungszwecke gebraucht werden sollten, können diese dem Mieter mit halbjährlicher nur zum Quartalswechsel auszusprechender Kündigung selbständig werden. Der Mieter wird dem Mieter ein Mietsnachschuß von 2000 Mark jährlich gewährt. Sofern nur die dem Mieter auf jeberseitigen Widerruf zur Benutzung überlassenen, im Hauptgeschoss belegenen Räume Y und Z für lässliche Verwaltungszwecke gebraucht werden sollten, verjährt der Mieter auf jeglichen Nachschuß an Mietzins. 3. Mieter verpflichtet sich, sein Personal in erster Linie nur durch Vermittlung der vom Verein für Volkswirtschaft eingerichteten Arbeitsnachweisstelle für das Gastwirtschaftsgebiet zu beziehen.

Der Referent bemerkt nach, daß Herr Kunge etwa 4000 Mark jährlich für das elektrische Licht zahlt. Herr Kunge hat zur Verbesserung der Wirtschaft 14 000 Mk. bereits angewendet, 10 000 Mk. will er noch anlegen. Das Total, das jährlich heruntergewirtschaftet war, sei durch Herrn Kunge wieder emporgebracht.

Herrn Stv. Emmert und Thiele stellen den Antrag auf Aufhebung. Herr Stv. Döhler warnt davor. Herr Kunge habe sich freilich bemüht. Es sei nicht leicht, einen Mann zu finden, der bei gleich guten Leistungen eine so hohe Pachtsumme zu zahlen bereit ist.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

9. Der mit der Witwe Emma Kohnert abgeschlossene, am 30. September 1910 endigende Pachtvertrag über den Ackerplan Nr. 39 wird um 1 Jahr verlängert. (Ref. Herr Stv. Emmert.)

Der Referent fragt an, wann

der neue Friedhof

in seiner Anlage begonnen wird. Herr Stadtbaurat Jäger entgegnet, daß das Projekt gegenwärtig beim Referenten der Baudeputation liegt. Sie werde sich damit in zwei Sitzungen beschäftigen, danach die Friedhofdeputation, und dann werde es an den Magistrat gelangen, der es der Stadtverordnetenversammlung beschließen, nachdem er sich damit einverstanden erklärt hat, vorliegt.

10. Das durch Vertrag vom 7. September 1907 mit Fräulein Julia Jaltowski hier auf die Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1914 abgeschlossenes Mietverhältnis über den im Erdgeschoss des Erdreistraßensiegels des Ratskellergebäudes belegenen Acker Nr. 4 soll auf deren Nachfolgerin Fräulein Sophia Kerkow hier unter den gleichen Bedingungen übertragen werden. Fräulein Jaltowski hat sich verpflichtet, bis zum Ablauf des Vertrages für die Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Die Veranlassung erklärt sich damit einverstanden. (Ref. Herr Stv. Emmert.)

11. Das Kollegium stimmt zu, daß die dem Hospital St. Carriac et Antonin gehörigen Baustellen an der Lobenbergrasse Nr. 1 zum Preise von 32 Mk. pro Quadratmeter, Nr. 2 und 3 zum Preise von 25 Mk. pro Quadratmeter an den Privatmann Richard Schwente hier veräußert werden, unter Bestellung einer Sicherheitshypothek von je 7000 Mk. für jede Baustelle. Das Preisangebot entspricht der Lage der Baudeputation. Der Gesamtpreis beträgt etwa 33 813 Mark. (Ref. Herr Stv. Spindler.)

12. Weiter genehmigt die Veranlassung, daß die Baustelle 41 an der Mozarstraße zum Preise von 39 Mk. pro Quadratmeter für das Vorderland bis zu 25 Meter Tiefe und zum Preise von 19,50 Mk. pro Quadratmeter für das Vorgarten- und Hinterland hier veräußert wird. Das Preisangebot übersteigt bei Tage der Baudeputation um 1 Mk. pro Quadratmeter für das Vorderland und um 50 Pfg. pro Quadratmeter für das Vorgarten- und Hinterland. Der Gesamtpreis beträgt etwa 22 678,50 Mk. (Ref. Herr Stv. Pfau.)

13. Desgleichen genehmigt die Veranlassung, daß die Baustellen Nr. Xa und Xb an der Nordstraße zum Preise von 13 Mk. pro Quadratmeter für das Vorderland bis zu 25 Meter Tiefe und zum Preise von 6,50 Mk. pro Quadratmeter für das Hinterland an zwei Polizeibeamten veräußert werden. Das Preisangebot übersteigt die Tage der Baudeputation um 1 Mk. pro Quadratmeter für das Vorderland und um 50 Pfg. pro Quadratmeter für das Hinterland. Der Gesamtpreis beträgt etwa 6007 Mk.

14. Die Veranlassung stimmt zu, daß die Baustellen Nr. III, IV, V, VI und VII an der Hohenzollern- und Ringstraße von etwa 2480 Quadratmeter Größe zum Preise von 67 000 Mk. unter den in der Verhandlung vom 2. September 1910 enthaltenen Bedingungen an die Alltagsgesellschaft für Grundbesitzverwertung Halle a. S. veräußert werden. Die Baudeputation hat sich mit dem Verkauf bereits einverstanden erklärt. Die Veranlassung erfolgt frei von Strafen und Verlegungsstellen. Die Alltagsgesellschaft für Grundbesitzverwertung Halle a. S. verpflichtet sich, 1. binnen 6 Monaten nach der Aufstellung mit der Bauung zu beginnen; spätestens binnen 4 Jahren nach der Aufstellung muß auf den Grundstücken bebaubare Wohngebäude errichtet sein; 2. die Grundstücke unbebaut

nicht zu verkaufen; 3. den Entwurf der Fassadengestaltung der Neubauten dem Magistrat zur Prüfung vorzulegen und den bezüglichen Anordnungen des Magistrats Folge zu leisten. (Ref. Herr Stv. Hertel.)

Den Schluß der Sitzung bildeten Rechnungsprüfungen.

Rückkehr unserer Garnison.

Am Mittwoch, den 21. Sept., trifft das 3. Bataillon unserer 38er mit der Maschinengewehrkompanie abends 10.15 Uhr am hiesigen Bahnhof ein. Das 1. Bataillon kommt 11.13 Uhr. Hierbei sind auch die in Halle befindlichen Stäbe des Regiments der Brigaden und der Division.

Das Artillerie-Regiment Nr. 75 wird nicht per Bahn befördert, sondern kommt in Wagenmäßen vom Wandersfeld. Es trifft erst am 27. September in Halle ein.

Halle 96 — Magdeburger S. St. 1900 S. 3.

Unter besonders schwierigen Umständen mußten unsere 38er nach der Elbestadt fahren, hatte doch der Verband zwei der besten Spieler zu dem Ausschiedungsspiel zweier repräsentativer Mannschaften für die Kränzungsfeierlichkeiten bestellt, und infolge Krankheit und anderer Umstände fehlten weitere 3 Spieler, so daß die 38er mit nicht weniger als 5 G. Spielern antreten mußten. — Trotzdem zeigte es sich bald, daß die Magdeburger unserer 38er an Spielstärke weit nachstehen, denn es gelang der gegnerischen Elf, den Gegner meist in der eigenen Hälfte festzuhalten, und nur durch allzu weites Aufsuchen der wenig besetzten Verteidigung konnten die Magdeburger dreimal erfolgreich sein, während die Halleser 5 Tore erzielten.

Die zweite Mannschaft, die an die erste die besten Spieler als Ersatz abgegeben hatte, mußte sich infolgedessen von der gut spielenden ersten Mannschaft des Werberburger Seminars mit 5:2 schlagen lassen. Die vierte Mannschaft siegte mit 9:1 über Sportklub II und die fünfte fertigte Wader V mit 8:0 ab.

Gewerkverein der Heimarbeiterinnen.

In der letzten Versammlung wurde über die Lehrurteile berichtet, die ausgedehnt über die Beteiligung für Schneider und Wäscherinnen stattfanden. Nach Beschlüssen sollen Kurse im Ausbilden Schneiderinnen und Wäscherinnen beginnen. Für den Winter haben neue Aufträge auf Wäscherarbeiten in Aussicht. Eine letzte Debatte enthielt sich über einen kürzlich im Halleschen Volksrat erschienenen Artikel, der von Herrn Pastor H. 5 h ö b i n g im Gewerbeverein gehaltenen Vortrag über die „Königin Luise“ zum Ausgangspunkt nahm für Angriffe auf diese allen deutschen Frauen hochschätzende Persönlichkeit, wie auf die Arbeit des Gewerbevereins überhaupt. Es war darin die Rede von „armelosen Almosen, die durch hohe Beiträge erlaubt werden müßten“, „Proletarierfrauen gehörten nicht in solchen Verein, sondern in die freien Gewerkschaften, nur Klassenkampf führe das Gend der Arbeiter aus der Welt schaffen usw.“ Die Sekretärin des Gewerbevereins wies an der Hand von Zahlen nach, wie die praktischen Vorteile der Mitgliedschaft: Kranken- und Wäscherinneneinigung, Ermäßigung beim Einkauf von Nähmaschinen und Nadeln, gemeinsamer Bezug von Garn und Knöpfen, Beteiligung an den Beiträgen der Arbeitsvermittlung, den Wäscherleistungen usw. bei weitem den wöchentlich von den Mitglieder eingezahlten Beitrag von 10 Pf. überlegen. Dabei sei es gänzlich unberührt, von Almosen zu reden, hätten doch die Mitglieder beim letzten Monatsauszahlung 3. B. den hiesigen Hiesigen Preisliste abgelesen, weil sie fast zu sehr als selbständige Gewerkschaften fühlten. Die Sozialdemokratie habe bisher noch nicht für die Heimarbeiterinnen gekämpft, das Gute, das erreicht sei, sei einzig dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen zu danken, daher müsse der Sozialdemokratie ihren Einfluß auf die Männer gebrauchen, damit dieselben nicht den größten Teil ihres Lohnes für sich selbst, für den Trunk und andere Dinge ausgaben, viele Frauen würden dann nicht mehr genötigt sein, sich mit schlecht bezahlter Heimarbeiterarbeit abzugeben. Und gerade diesen bedrückten Heimarbeiterinnen sei die Mitgliedschaft im Gewerbeverein schon oft Halt und Trost gewesen.

Bund Deutscher Militärärzte.

Im Zweigverein Halle a. S. des Bundes Deutscher Militärärzte hielt der Ehrenvorsitzende, Herr Generalmajor A. D. K. K. K. am 10. September einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Zweck und Ziele des Bundes.

Er führte zunächst vor Augen, welche Bedeutung neben dem Offizierskorps ein tüchtiges und pflichttreues Unteroffizierskorps, aus dem die Militärärzte hervorgehen, für das Heer und die Marine habe und wies darauf hin, welcher Anteil ihm an den großen Erfolgen unserer Armee in den letzten drei großen Kriegen gebühre. Der Vortragende ging dann auf die Züchtung der Unteroffiziere über und beleuchtete die ihr anhaftenden Mängel. Er hob hervor, daß alle Mittel, die zur Befähigung des infolge der ungenügenden Züchtung der Militärärzte in der Armee herrschenden Unteroffizierskorps ergriffen sind, unzureichend seien, solange nicht jene Züchtung der alten und neuen Unteroffiziere eine bessere werde. Zwar sei nach dieser Richtung hin schon manches erreicht, indessen bleibe noch viel zu wünschen übrig. So sei z. B. darauf zu dringen, daß alle den Militärärzten vorbehalten Stellen auch wirklich durch solche besetzt werden. Ebenso notwendig sei die Befähigung des Militärärzte, die für die Militärärzte eine Versicherung in ihren persönlichen Verhältnissen gegenüber dem beim Militär erwerbenden Richteramt bestimme die Beschaffung der Unteroffiziersstellen für Unterbeamte.

Dankbar wurde anerkannt, daß den aus dem Stande der Militärärzte hervorgehenden Reichs- und Staatsbeamten (seit 1.4.1908) ein Teil der Militärärzte auf das Besoldungsdienstalter angerechnet wird. Wenn durch das Erreichte auch nicht annehmbar den von der Regierung und den Parlamenten als berechtigt anerkannten Wünschen der Militärärzte entsprochen worden sei, die erfolge Regelung auch verschiedene Härten und Ungleichheiten enthalte, so müsse man sich mit dem Gebotenen z. B. begnügen und den weiteren Ausbau der bezgl. Bestimmungen der Zukunft vorbehalten. Jetzt sei mit Nachdruck dahin zu streben, daß die bestehenden Bestimmungen über die Anrechnung eines Teiles der Militärärzte auf das Besoldungsdienstalter auch auf die Kommunalbeamten, die in ihren Einkommensverhältnissen ohnehin den Reichs- und Staatsbeamten nachstehen, Anwendung finden. Dies sei nach Lage der Dinge im Wege der Reichsregierung am besten zu erreichen.

Schließlich ermahnte der Herr Gewerkschaften zum festen Zusammenhalt aller Militärärzte und forderte die erschienenen Mitglieder zum Eintritt in den Verein an. Die am Schluß des Vortrages aus der Versammlung herausgerückten Anfragen werden von dem Interesse, mit dem den Ausführungen gefolgt worden war.

Kongresse und Verbandstage.

IV. Bundestag der geprüften Sekretäre und Obersekretäre der Postverwaltung.

Der Bund hielt vom 15. bis 18. September in Berlin seinen IV. Bundestag ab. In den Beratungen nahmen Bezaime aus allen Oerpostdirektionsbezirken teil.

Die Anträge der Bezirksvereine, die Gehalts- und Ständesfragen, Satzungsänderungen, die Unterstützungsfälle des Bundes usw. betrafen, wurden in 5 Kommissionen beraten.

Die Zahl der Mitglieder des Bundes hat sich im letzten Vereinsjahr um 384 vermehrt. Zum 1. Vorliegenden wurde Oberpostsekretär Siewers nicht, zum 2. Vorliegenden der Oberpostsekretär Dohm, beide in Berlin, gewählt.

Deutscher Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit.

Königsberg i. Pr., 15. Sept.

Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Stadtrat Wolff-Leipzig begrüßte Oberbürgermeister Kräfte die Versammlung im Namen der Stadt Königsberg.

In der Diskussion mußte man auf solche Unterstützten, die zu Geld kämen, in Güte einwirken.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Salle a. S., 17. September.

Jugendlicher Diebstahl.

Der 23jährige „Arbeiter“ Otto Hoppe von hier, trotz seiner Jugend schon ganz erheblich vorbestraft, wurde in der Nacht zum 27. Mai in der Nähe der Cröllitzer Brücke zwei Hüden von Goldbesteck zu erbeuten. Er wurde von Polizeibeamten gefoltert und verwarf sich hinter der Getreuerwerbende am Stiebschleusen, auf die er vermutlich als ein Missetäter plante.

Jugendlicher Raub.

Der 22jährige wegen gefährlicher Körperverletzung schon einmal vorbestrafter Arbeiter Wilhelm Schöne aus Döbberitz kam am Abend des 22. Juni in Spindorf den Arbeiter Siebert, der im Gespräch mit Bekannten auf der Dorfstraße stand, ohne weiteres mit der Faust ins Gesicht.

Vor der Strafkammer gab er an, er habe beim Gewandern wegen der notausgegangenen Mißhandlung Ansprüche gegen Siebert erklärt, sei aber mit der Bemerkung abgewiesen worden, da er keine Komme unter jungen Leuten hätte vor. Wegen der Mißhandlung erhielt er eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Er erklärte, die Strafe annehmen zu wollen, verlange aber auch Sieberts Sühnung.

Diebstahl von Telegraphendraht.

Der 47jährige, mehrfach vorbestrafte Arbeiter Heinrich Hennig von hier liess im Januar gemeinsam mit zwei Bekannten bereits betrachten Arbeiter Telegraphendraht von einer Leitung in der Nähe von Rudow. Außerdem erbrach er einen Hühnerstall und entwendete daraus neun Hühner, gleichfalls mit Beihilfe der beiden anderen. Wegen dieser Diebstähle wurde er in insgesamt acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Erschwindelte Lieferungen.

Der heilige Tapezierer und Dekorator Robert Hiltje hatte sich durch falsche Angaben über seine Verhältnisse von verschiedenen hiesigen und auswärtigen Firmen ziemlich beträchtliche Lieferungen zu erschwindeln gewußt. Er ist völlig vermögenslos und hat den Forderungsbetrag geleistet. In ganzen fünf sechs Firmen um insgesamt 1613 Mark durch ihn geschädigt worden. In einem Falle rühte sich Hiltje einem Bekannten gegenüber, einen „Möbelfabrik“ gefälligst hineingelegt zu haben. Von einer Matratzenfabrik bezog er angeblich für ein Damensportatrasen, darunter zwei mit besonders guter Fütterung, weiß sie Damen, für die sie dienen sollten, sehr schwer seien! Die

gelieferten Sachen verkaufte er größtenteils wieder. Er behauptet, während er die großen Bestellungen machte, kein Geschäft, sondern nur eine dürftige Manufakturwaren. Vor den Firmen spielte er sich aber als Möbel- oder Fahrradhändler auf, der Bedeutende Geschäfte mache und durch seine Frau noch eine große Erbschaft zu erwarten habe. Eine geschädigte kleinere Firma kam infolge einer für ihre Verhältnisse sehr erheblichen Forderung in größte Verlegenheit und nahm an den Hand des Konturiers. Wegen Betrages in sechs Fällen wurde Hiltje zu neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 208,25, Diskonto 189,50, Deutsche Bank 255,50, Berliner Handels-Gesellschaft 167,62, Dresdner Bank 159,25, Russische Anleihe von 1902 93, Türkenanleihe 181,75, Lombarden 22,75, Kanada 191,75, Baltimore 106, Laurahütte 177,25, Bochumer Guß 235,50, Gelsenkirchen 215,75, Harpener 199,50, Deutsch-Luxemburg 202,62, Phönix 245,37, A.-E. 283,87, Siemens & Halske 257,37, Hamburg-Paketakt 144,37, Nordd. Lloyd 110,62, Warschauer Bank 193,37, Tendenz: Schwach.

Am Kassamarkt notierten höher: Julius Berger 3,75, Dürkopp 2, Stöcker 3,50, Kappel Maschinen 4,50, Leipziger Werkzeug 7, Sächs. Webstuhl 2,50, Loewe & Co. 2, Schwartzkopf 2, Vogtländer Maschinen 2, Elberfelder Farben 2, Frister & Rossmann 2, Höchster Farben 4,10, Nitrofabrik 2, Fritz Schulz 3,75, Union chem. Fabrik 3,50, Chem. Werke Charlottenburg 3, Hotelbetriebs-Ges. 2,25, Thörns Oelfabrik 2, O. Lorentz 2, Braunschweiger Jute 2,25, Areberg Bergwerk 4,50, Caroline 3,50, Charlottenhütte 2, Concordia Bergbau 3,50, Düsseldorf Eisen 2, Geisweiler Eisen 3,25, Mannsdatt Fabrik 2,25, Rhein-Nassau 2; niedriger: Annaburger Steinzeug 3,50, Bernburger Masch. 7, Velbert Eisengießerei 3, Kalker Werkzeug 2, Gebr. Krüger 4,90, Berlin-Cubener Hutfabrik 2,75, Lüneburger Wachsbleiche 2,50, Harzer Kalkwerke 2, Donnersmarckhütte 2,75, Eschweiler Eisen 3,25, Oberschle. Kalkwerke 3,50, Westfäl. Stahlindustrie 5.

Zum Kursnotiert. Berlin, 19. Sept. 4%, Badische Staatsanleihe 08/00 108 101,40%, 4%, Bayerische Staats-Anl. 101,20%, 4%, Bayerische Staats-Anleihe 06 101,1913 101,10%, 4%, Schwarzburg-Sonderhausen 101,10%, 4%, Württembergische Staats-Anleihe 81-83 101,10%, 4%, Kamenener Eisenwerk 92,25%, 3%, Deutsche Ostafrikanische Schuldversch. gar. 100%, 4%, Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 100,00%, 4%, Darmstädter Stadt-Anl. 1000 101,20%, 3%, Dessauer Stadt-Anleihe 1898 100,00%, 4%, Disseldorfer Stadt-Anleihe 1900 97,08, 09 100,10%, 4%, Jenauer Stadt-Anl. 1900 100,10%, 3%, Jenauer Stadt-Anl. 1902 100,00%, 4%, Nordhäuser Stadt-Anleihe 1000 100,10%, 4%, Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 100,10%, 1913 100,10%, 4%, Thorer Stadt-Anl. 1909 100,10%, 4%, 4proz. Hessische Komm.-Ob. X-XII 101,60%, 3%, Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. 85,25%, 4%, Deutsche Solvay-Werke 103,50%, 4%, Elberfelder Farben 101,1917 104,25%, Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06 102,60%.

Londoner Börse vom 19. Sept. Es notierten: Engl. Konsols 86,87, Rio-Tinto 69,87, Goldminen 92,25, St. Pauli 69,87, Steel pref. 118,75, Rand Mines 8,81, Anaconda 8,00.

Der Kalk-Ruxenmarkt.

Berlin, den 19. Sept.

Table with 4 columns: Name, Geld, Brief, Bröt. Lists various firms and their prices.

Deutsch-amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Gustav Kiebs Akt.-Ges. in Halle a. S.

Die Gesellschaft kann für das vergangene Geschäftsjahr wieder keine Dividende verteilen; sie schließt, wie verlannt, mit etwa 100 000 Mk. Verlust ab. Genaue Ziffern sind wir nicht in der Lage anzugeben, da die Direktion - entgegen dem allgemein üblichen Verkehrsgebrauch - sich aus versagte.

Die zurzeit mit einem Aktienkapital von 500 000 Mk. arbeitende Gesellschaft beruft ihre ordentliche Generalversammlung auf den 5. Oktober ein. Neben dem üblichen Regularien soll auch über die Erhöhung des Grundkapitals mit 250 000 Mk. durch Ausgabe von 250 Vorzugsaktien à 1000 Mk. Beschluß gefaßt werden.

Die Bandisenvereinigung erzielte gemäss „Bresl. Ztg.“ eine Preisvereinbarung mit den ober- und mitteldeutschen Bandisenwalzwerken. Die Verhandlungen mit dem süddeutschen Werken entwickelten sich befriedigend.

Das Kalkwerk Niedersachsen meldet auf der 525 m-Sohle das Antreten zwei weiterer Hartalzalager von 1,2 und 9,5 m Mächtigkeit in der westlichen Horizontalbohrung, nachdem in der östlichen Bohrung schon zwei Lager durchfahren worden waren.

Zusammenschlussbestrebungen in der Röhrenindustrie. Aus Düsseldorf wird gemeldet, die hier versammelten deutschen Röhrenwerke mit Ausnahme der Mannesmann-Röhrenwerke beschlossen, die Verkäufe in Gasröhren über Jahresschluss nicht

freizugeben, um unerskirt über einen neuen Zusammenschluss beraten zu können.

Neue Aktiengesellschaft. Aus Falkenberg (Vogtland) wird unter dem 17. September gemeldet: Heute ist hier eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 250 000 Mk. gegründet worden. Es ist die Errichtung einer chemischen Fabrik in Aussicht genommen, in der nach einem vom Chemiker Marschner in Leipzig erfundenen Verfahren Diamant 61 hergestellt werden wird.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse. 10. Sept. Am Frühlmarkt notierten: Weizen inland 193,50-197,50 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inland 146,00-179,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer inländisch, mecklenburger, poln. 22, russisch, posenscher und schlesischer fein 171-192, mittel 164-170, gering 150-163, russisch und Donau mittel - - - gering - - - ab Bahn und frei Wagen. Mais amer. mixt 158-163, neuer abfallender 145 150, runder 185,00-189,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 132,00-148,00, gute 149 150, russische und Donau leichte 117,00-130,00, schwere 121 130 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futtererbsen mittel 155-163, Tanbener 182 170 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 90 24,50 bis 28,00. Roggenmehl 0 und 1 18,00-21,00. Weizenkleie 10,00-11,00. Roggenkleie 9,75-10,50.

Table with 3 columns: Month, vorm., nachm., abends. Lists monthly prices for various goods.

Hamburg, 19. Sept. Böhrenrohrwerke, 1. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg vorm. nachm. abends.

Havre, 19. Sept. Kaffee good average Santos per Sept. 57 1/2, per Dez. 59 1/2, per März 57 1/2, per Mai 57 1/2. Rio de Janeiro, 19. Sept. Kaffee-Zufuhren 9,900 Sack in Bot 70,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke. Magdeburg, 19. Sept. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 22,00-22,50 Stetig. Berlin, 19. Sept. Kartoffelmehl u. -Stärke 22,50-23,00.

Hausen, 19. Sept. Brennholz 40 Vol. Proz. für 100 kg (105-108 l) 86,25-87,25 Mk. do. do. Vol. Proz. für 100 kg (107-107 l) Liter 96,25-97,25 Mk. per Loko n. Brennholz 40 Vol. Proz. für 100 kg (105-105 l) 86,50-87,50 Mk. do. 45 Vol. Proz. für 100 kg Brennerer. 106,50-97,50 Mk. per Aug.-September 1910 ohne Fass ab Bremerer.

Köln, 19. Sept. Rbdol loko 61,60, per Okt. 60,00. Hamburg, 19. Sept. Stadtschmalz 69,50, ameriz. Steam 60,50, Chamberlain 62,75.

Hamburg, 19. Sept. Chilisalpeter per loko 8,00, Febr.-März 9,35 frei Fahrzeug Hamburg.

Bremen, 19. Sept. Baumwoll still. Epl. loko middl. 73,75 Pfg. do. in New York 10, 7,50 7,50. Brit. Baumwolle 9,000 Ballen, davon Import 3,000 Ballen, davon Amerikaner 2,000 Ballen. Liverpool, 19. Sept. Aegyptische Baumwolle per Nov. 10,59, Alexandria, 19. Sept. Aegyptische Baumwolle per Nov. 10,59, Jan. 20,17, März 20,25.

London, 19. Sept. Chili-Kupfer stetig 54 1/2, 3 Mon. 55 1/2, Zinn Straits schwach 160 1/2, 3 Mon. 157 1/2, spez. fest 16 1/2. engl. 12 1/2, Zink gewöhnliche Marke, stetig 25 1/2, spez. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden. New York, 19. Sept. 17,9. Chicago, 19. Sept. 17,9. Weizen per Sept. 104 1/2, 103 1/2, Weizen per Sept. 96 1/2, 96 1/2, Mais per Sept. 62, 61 1/2, Mais per Sept. 55 1/2, 54 1/2, etc.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Name, Stande und Unstr. Fall (Woch). Lists water levels and changes.

